

An die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Medien

Als Intendanten der öffentlich-rechtlichen Medien haftet ihr nicht nur für eure Mitarbeiter, sondern auch für die Taten, Untaten, sowie Straftaten, die eure Mitarbeiter, festangestellt oder als freie Mitarbeiter begehen.

Ich stelle euch hiermit eine strafbewehrte Unterlassungsverfügung zu, die darauf abzielt, daß es aufhört, daß ich weiter in meinem Recht auf körperliche Unversehrtheit beeinträchtigt werde (Artikel 2 GG), indem ich von euch öffentlich-rechtlichen Medien belogen, getäuscht, vorgeführt, hinters Licht geführt und für dumm verkauft werde, ihr mit Konjunktiven und Behauptungen die Menschen in Angst und Schrecken versetzen wollt, indem ihr Panik schürt, natürlich in voller Absicht, ihr das Mittel der Zersetzung anwendet, indem man Hoffnung schürt und die dann jedesmal wieder enttäuscht, was übrigens ganz offiziell als Folter anerkannt ist, indem ihr uns bedroht, demütigt, gaslightening betreibt, euch über uns erhebt, uns niedermacht, uns ein schlechtes Gewissen einredet, gendert, die Sprache verdreht, Kindersprache benutzt, die Tagesschau in einfacher Sprache bringt, was eine Verhöhnung ist, woke Inhalte verbreitet, sozialistische, kommunistische, faschistische Inhalte bringt und diese Ideologie verherrlicht, Gewalt verharmlost, hier vor allem die Gewalt, die durch Muslime ausgeht, die Gewalt verharmlost, die durch Ausländer begangen wird, die Verarsche, uns muslimische Mörder und Vergewaltiger als Deutsche verkaufen zu wollen, nur weil sie einen deutschen Paß haben, eine Opfer-Täter-Umkehr betreibt, uns drangsaliert, uns Impfungen schmackhaft machen wollt und oder ihr Tatsachen nur halb wiedergebt, verdreht, taktisch anders bewertet, überhaupt Tatsachen, Sachverhalte, Aussagen und Mitteilungen bewertet, einordnet, framed, Nudging betreibt, und kommentiert, Aussagen und Mitteilungen halb wahr, halb gelogen oder mit Auslassungen dargebracht werden, ihr Dinge und oder Sachverhalte nicht berichtet oder eben nur Teile davon, ihr hetzt, ausgrenzt, beleidigt oder das Mittel der satanischen Umkehr benutzt, indem gespiegelt wird, was das Zeug hält. Mein oben genanntes Recht wird auch nicht durch ein Gesetz eingeschränkt und gilt daher uneingeschränkt und allmächtig. Ihr, indem ihr das tut, verletzt uns besetzte Menschen. Ihr seid ein Teil der Besatzungsverwaltung und deren Werkzeug. Wie sich eine Besatzungsverwaltung zu benehmen hat, ist in der Haager Landkriegsordnung geregelt, die geltendes und gültiges Völkerrecht ist. Uns besetzte Menschen zu verletzen, indem ihr uns belügt, täuscht, etwas vormacht, uns verarscht, für dumm verkauft, die Hälfte wegläßt, Dinge nicht berichtet, einordnet, bewertet, hetzt, ausgrenzt, beleidigt, spiegelt und so weiter, ist ein Kriegsverbrechen. Bitte lest diese Unterlassungsverfügung ruhig mehrfach. Ihr seid Kriegsverbrecher.

Ihr bekommt eine Frist bis zum 31. August 2024 das abzustellen und zu einer objektiven, sachlichen und bewertungsfreien, ungespiegelten und ausgewogenen Berichterstattung zurückzukehren und zwar in Wort, Bild, Ton und erweitert auf die Aussagen von (eingeladenen) Studio-Gästen, Kommentatoren, Moderatoren, Diskussionsleitern, Radiomoderatoren, Studienteilnehmer und Anrufern im Hörfunk und bezogen auf alle Inhalte von Einspielern oder Zitaten oder Filmen, die von euch ausgestrahlt werden. Das betrifft auch Spielfilme, Kochschau, Gesprächsrunden, Quizsendungen, Bares für Rares, alle Sportsendungen und Sportkommentatoren und Berichtersteller. Das gilt auch für die kommende Wahlberichterstattung, für den Ukraine-Rußland-Konflikt, den Krieg Israels gegen die Palästinenser und sonstige Berichterstattung. Es gilt für alles, was ihr sendet und betrifft jeden Moderator oder Sprecher und bezieht sich auf alles, was vorgelesen oder zitiert wird. Ich will auch keine Spitzen mehr hören, so kleine kurze Einwände, die sarkastisch, zynisch oder satirisch sein sollen. Das gilt ausdrücklich auch für Herrn Böhmermann und Klaas und Joko und auch sonst alle Kunst-Darsteller, Satiriker oder Komiker. Das bezieht sich selbstverständlich auch auf die gesamte Online-Präsenz und alle Aussagen und Mitteilungen in den sozialen Medien.

Es ist für euch kurz und schmerzlos, nämlich straflos, wenn ihr meiner Bitte bis zum 31. August 2024 nachkommt. Wenn nicht, werde ich den Inhalt dieses elektronischen Briefs öffentlich machen und weil die Unterlassungsverfügung strafbewehrt ist, dann jedem, mein Anrecht auf Zahlung der Strafzahlung übertragen und zwar in der Weise, daß jeder, der dann vorbringt, ihr habt nach Fristablauf nicht objektiv, wahrheitsgemäß, ausgewogen, ohne Spiegelung, ohne gehässig zu sein und so weiter, berichtet, dann den sogenannten Rundfunkbeitrag nicht mehr zahlen muß, der vom Beitragsservice, einer Inkasso-Firma, eingetrieben wird.

Da ich davon ausgehe, daß ihr euch nicht an diese Unterlassungsverfügung halten werdet, schlage ich vor, dann schon mal bei jeder Rezeption einer jeden Sendeanstalt unten beim Pförtner, vorbereitete Beitragsbefreiungsformulare auszulegen, von dem dann jedem, der mündlich vorbringt, daß ihr euch nicht an die Unterlassungsverfügung gehalten habt, ein solches in die Hand

gedrückt wird, in dem ihr, die öffentlich-rechtlichen Medien, bestätigt, daß derjenige dann von der Zahlung des Rundfunkbeitrags befreit ist und zwar dauerhaft und für immer ab dem 1. September 2024. Es genügt, mündlich vorzutragen, daß zum Beispiel wieder gegendert wurde oder bspw. die Formulierung "Politiker und Politikerinnen" verwendet wurde. Ich werde für jeden da draußen auch ein solches Papier zum Herunterladen zur Verfügung stellen, denn das ist eure Strafe und die muß wehtun. Diese Beitragsbefreiung wird dann an den Beitragsservice geschickt und ist dort zu erfaßen und zu verarbeiten, so daß derjenige niemals wieder von euch angeschrieben oder gemahnt wird. Die Beitragsbefreiung, ausgelöst durch diese Unterlassungsverfügung gilt. Der Beitragsservice hat sich daran zu halten. Anhängige Mahnverfahren oder Gerichtsverfahren oder sonstige offenen Streitfälle sind in der Weise zu beenden, daß der Beitrag nicht mehr bezahlt werden muß, in diesen Fällen auch rückwirkend und bezahlte Mahngebühren, sonstige Gebühren, sonstige Kosten oder Gerichtsvollzieherkosten zurückzuzahlen sind. Die Mitteilung kann auch formlos, ohne dieses Formular an den Beitragsservice geschickt werden, etwa durch elektronische Post. Zur besseren Verarbeitung ist natürlich die Beitragsnummer anzugeben. Der Beitragsservice hat den Menschen dann eine schriftliche Bestätigung zukommen zu laßen, daß sie von der Zahlung des Rundfunkbeitrags dauerhaft befreit sind und hat dann auch die entsprechenden Lastschrifteinzüge zu stoppen. Überweisungen, die ab dem 1. September 2024 an den Beitragsservice getätigt wurden, also die Zahlungen, sind zurückzuerstatten, sobald sich der Betreffende bei euch wie auch immer meldet und die Strafzahlung einfordert, nämlich, daß er keinen Rundfunkbeitrag mehr zu zahlen hat. Das wird in den Sendeanstalten zu Massenentlassungen führen und vielleicht auch zu erheblich weniger Sendungen, was dann eine gerechte Strafe ist, denn umso weniger ihr sendet, desto weniger Propaganda und ideologische Indoktrination könnt ihr senden. Die entlassenen Mitarbeiter können ja dann zum Beitragsservice wechseln und da mithelfen, die umfangreiche Post zu erledigen, denn es werden Millionen sein, die von euch die "dauerhafte-Befreiung-vom-Rundfunkbeitragsbestätigung" verlangen.

Ich muß das so deutlich schreiben, weil ihr tatsächlich glaubt, ihr steht über uns und hättet das Recht, so zu senden und so zu berichten, wie ihr es momentan tut. Nein, das Recht habt ihr nicht. Aber die Alliierten haben das Recht euch von Heute auf Morgen den Saft abzdrehen, weil sämtliche Funkmasten, Sendemasten, Sende-Frequenzen und natürlich alle Radio- und Fernsehstationen, sowie Sendegebäude den Alliierten gehören. Die Alliierten kann ich jederzeit anschreiben, denn das ist erlaubt und sogar gewollt, daß sich die besetzte Bevölkerung an die Alliierten wendet, wenn die Besatzungsverwaltung übergriffig wird. Den Vorsitz im alliierten Kontrollrat, also dem Gremium, das die Besatzungsverwaltung kontrolliert, hat zu eurem Leidwesen gerade Rußland.

Diese Vorgehensweise ist besser als ein einmaliger Geldbetrag, den ihr an irgendeinen gemeinnützigen Verein zahlen sollt oder an mich.

Falls ihr meint, die Frist ist zu kurz: Für euch ist jede Frist zu kurz. Denn ihr liebt es, zu lügen, die Wahrheit zu verdrehen, Halbwahrheiten mit Tatsachen zu mischen, Dinge wegzulassen, im Konjunktiv zu sprechen, um den Menschen Angst einzujagen etc.

Kleiner Hinweis für eure Anwälte: Ich darf das, weil ihr mein Persönlichkeitsrecht verletzt und zwar mit Absicht. Und wenn eure Anwälte meinen, ihr solltet darauf nicht reagieren, werde ich diese Sache so lange breit treten, bis ihr merkt, daß ihr nur verlieren könnt. Ja, es ist ein Angebot und ja, ihr werdet es annehmen. Ihr braucht mir nichts zurückschicken oder zu unterschreiben. Concludentes Handeln ist hier angebracht. Genau deshalb ist es ja auch eine Unterlassungsverfügung und keine Unterlassungserklärung.

Und zum Schluß noch folgender Hinweis: Es ist nicht meine Sache, wenn ihr, die Intendanten, diese email erst nach Tagen bekommt, weil diese email intern von irgendwelchen Mitarbeitern nicht weitergeleitet wird. Aufgrund der kurzen Frist, ist es ratsam, wer auch immer diese email als erstes liest, diese im firmeninternen Intranet, per WhatsApp oder per Rundmail schleunigst weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Sibylle Fallhuber